

tugiesischsprachigen Ländern in Europa, Lateinamerika und Afrika beitragen können. Das an Größe und Wirtschaftskraft kleine Macau habe ein breites Außenhandelsnetzwerk mit direkten Handelsverbindungen zu über 100 Ländern und Regionen geschaffen, das Macaus historischen Beziehungen zu westlichen Ländern zuzuschreiben sei. Neben China berge die südamerikanische Region das größte Marktpotenzial auf der Welt, wobei Brasilien über die größte Wirtschaft in der Region verfüge. Brasilien sei einer der größten Außenhandelspartner Chinas geworden, und China Brasiliens größter Exportmarkt in Asien. Die Beziehungen reichen in das 16. Jh. zurück, als Macau von den Portugiesen zu einem Seehandelszentrum für den Export chinesischer Waren über Brasilien nach Portugal gemacht wurde. Schließlich hoben die Seminar Teilnehmer auch Macaus Status als Freihafen hervor, der an der Mündung des Perlfusses (Zhujiang) liegt, wo die Perlfussdelta-Region Gestalt annimmt. Chinas WTO-Beitritt, der geplante Bau einer Brücke, die Hongkong und Macau mit der Stadt Zhuhai in der Provinz Guangdong verbindet, und die Vereinbarungen über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen dem Festland und den beiden Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau haben Macaus Integration in das Perlfussdelta beschleunigt. Macau könne eine ideale Handelsplattform für den Export im Perlfussdelta hergestellter Produkte in europäische und lateinamerikanische Länder sein. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 2.9.03; XNA, 1., 24.9.03) -ljk-

Taiwan

32 Demonstrationen für und gegen Staatsnamen „Taiwan“

Ein so genannter Kampfbund für die Umbenennung Taiwans, die Union für Taiwan-Solidarität und einige andere Organisationen riefen am 6. September zu einer Großdemonstration nach Taipei. Etwa 70.000 bis über 100.000 Bürger folgten dem Aufruf. Sie for-

dernten, den Staatsnamen „Republik China“ durch „Taiwan“ zu ersetzen und einen neuen Antrag auf UNO-Mitgliedschaft unter dem Staatsnamen Taiwan zu stellen; auch solle die Regierung Staatsfirmen mit dem Namensbestandteil „China“ umbenennen (China Airlines, China Shipbuilding und viele andere). Die Demonstration – ein Sternmarsch, der zum Präsidentenpalast führte – wurde auch von der Regierungspartei DPP unterstützt. Präsident Chen Shui-bian nahm daran allerdings nicht teil, ebenso wenig wie Vizepräsidentin Annette Lü. Chen erklärte jedoch, er wäre mit marschiert, wenn er nicht Präsident wäre. Hauptredner auf der Abschlusskundgebung war der frühere Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui). Laut Lee hat die Republik China bereits aufgehört zu existieren. Jetzt sei die Zeit reif, die neue Identität Taiwans auch terminologisch anzuerkennen. Eine entsprechende Taiwan-Verfassung mit neuem Staatsnamen könne bis 2008 oder 2010 zustande gebracht werden.

Ein „Schutzbündnis für die Republik China“ veranstaltete tags darauf eine Gegendemonstration, eine weitere Gegendemonstration wurde vom kommunistisch orientierten Bündnis für die Vereinigung Chinas durchgeführt. Die Gegendemonstrationen waren allerdings schwach besucht; die Schätzungen lagen in der Summe bei etwa einem Zehntel der Unabhängigkeitsbefürworter am Vortag.

Die Demonstrationen fanden in den Medien weltweit Beachtung. In ihnen zeigt sich wieder einmal die doppelte – und damit unklare – Identität des Landes. Diejenigen, die eine nationale Identität Taiwans unabhängig von China befürworten, erkennen, auf wie vielen Gebieten diese Identität nur eine angestrebte und keine reale ist – beim Staatsnamen, bei Namen von Firmen und Gesellschaften, in der Verfassung und vielen anderen Bereichen. Seit den letzten Jahren hat die Bewegung, die Taiwan-Identität aktiv zu fördern, deutlich an Schwung gewonnen. Damit verschärfen sich aber auch wieder die alten Gegensätze zwischen „Taiwanern“ und „Festländern“. Letztere plädieren nicht unbedingt für einen raschen Anschluss Taiwans an die VR China, sondern befürchten vielmehr, ein solcher Anschluss könnte

militärisch erzwungen werden, wenn die Unabhängigkeitsbefürworter ihren Willen bekommen. Auch wenn die Pro-Taiwan-Bewegung, wie auch die Demonstrantenzahlen zeigen, deutlich stärker ist als die der Anschlussbefürworter, zeigt sich doch letztlich immer wieder, dass die übergroße Bevölkerungsmehrheit im Zweifelsfall vorsichtig ist und der Wahrung des Status quo den Vorzug gibt. Der Schwung der Pro-Taiwan-Bewegung wird daher in absehbarer Zeit schwerlich ausreichen, sich auf politischer Ebene durchzusetzen und beispielsweise Präsident Chen im kommenden März zur Wiederwahl zu verhelfen. Da wird es auch nichts nützen, dass Expräsident Lee 500.000 Personen zu einer Wahlkampf-Großveranstaltung zur Unterstützung von Chen Shui-bian zusammentrommeln will, wie er japanischen Reportern gegenüber erklärte. (ST, 6.9.03; TT, 6.9.03; CNAT, nach BBC PF, 6.9., 19.9.03; SCMP, 8.9.03; FAZ, 8.9.03; FT, 7.8.03; TH, 8.9., 9.9.03)

Im September konnte die Pro-Taiwan-Bewegung aber auch schon einen greifbaren Erfolg feiern: Seit Monatsanfang tragen neue Reisepässe den Zusatz „Taiwan“ auf dem Deckel. (TH, 2.9.03) -hws-

33 Präsident Chen: neue Verfassung bis 2006

Zum 17. Gründungsjubiläum der Regierungspartei DPP gab Präsident Chen Shui-bian am 28. September bekannt, sein Ziel sei eine „neue Verfassung für Taiwan“ zum 20. Gründungsjubiläum der Partei im Jahr 2006.

Angesichts der Tatsache, dass die Reformbedürftigkeit der geltenden Verfassung wegen ihrer zahlreichen inhärenten Schwächen unbestritten ist, erstaunt allerdings, dass Chen abgesehen von zwei bereits geplanten Neuerungen nicht einmal Grundzüge der angestrebten neuen Ordnung skizzierte. Zu anstehenden Fragen wie die nach der Machtverteilung zwischen Parlament und Staatspräsident sowie zwischen Staatspräsident und Ministerpräsident bzw. Regierung, nach einem eventuellen neuen Staatsnamen und nach einem besseren Wahlsystem bezog Chen keine Stellung. Seine Wortwahl lässt jedoch darauf schließen, dass es sich um eine Verfassung

für Taiwan und nicht mehr für eine „Republik China“ handeln soll. Demnach würde sich die regionale Gültigkeit der neuen Verfassung auf das von der derzeitigen „Republik China“ faktisch kontrollierte Territorium beschränken. Dies würde ein unabhängiges Taiwan konstituieren. Als einzige bereits bekannte Reformpunkte wiederholte Chen, dass eine Verkleinerung des Parlaments um die Hälfte und die gesetzliche Grundlage für Plebiszite angestrebt wird.

Chens Chancen, eine derartige neue Verfassung durchs Gesetzgebungsverfahren zu bringen, sind aus heutiger Perspektive gleich Null. Aus der Opposition kam sofort heftige Kritik: Chen dränge auf eine dauernde Abspaltung Taiwans von China. In der Tat müsste das Vorhaben, nicht nur einzelne Teile der gegenwärtigen Verfassung zu ändern, sondern gleich eine neue für Taiwan zu schreiben, neue Konflikte mit China provozieren und stieße daher auch bei den USA als Taiwans heimliche Schutzmacht auf Ablehnung. Erste Stimmen aus den USA zeigten sich denn auch irritiert. Chen erklärte zwar, die Oppositionsparteien wagten nicht, sich demokratischen Reformen offen zu widersetzen; zudem sollen eine Million Unterschriften für eine entsprechende Petition ans Parlament gesammelt werden, doch ändert alles dies nichts an den Machtverhältnissen. Im Übrigen ist bekannt, dass die taiwanische Bevölkerung in ihrer Mehrheit eine Politik ablehnt, die die VR China offen herausfordert und Gefahr läuft, militärische Konflikte heraufzubeschwören.

Warum also verkündet Chen ein solches Vorhaben, das (bislang) weder inhaltlich substanziiert ist noch Aussicht besitzt, als großer Entwurf verwirklicht zu werden, und zudem außenpolitisch riskant wäre? Zeitpunkt und Adressaten der Erklärung – der Parteigründungstag und die feiernden DPP-Mitglieder – lassen den Schluss zu, dass Chen hier nicht als Präsident, sondern als Parteichef sprach und den unabhängigkeitsorientierten Kräften eine neue Vision geben wollte. Dem entspricht, dass sich Chen die neue Verfassung zum 20. Jahrestag der DPP-Gründung wünscht, also für ein Datum der Parteigeschichte statt für ein solches der Nation.

Zum Verständnis bieten sich zwei weitere Gesichtspunkte an. Zum einen eröffnet gerade die inhaltliche Vagheit seiner Ankündigung Möglichkeiten, gemeinsam mit oppositionellen Kräften neue Regelungen für die als reformwürdig bekannten Punkte zu erarbeiten – das Ergebnis ließe sich dann immer als neue Verfassung deklarieren. Zum Zweiten – und das ist wohl derzeit das weitaus gewichtigere Argument – ist die Wiederwahl Chen Shui-bians im März 2004 äußerst zweifelhaft. In den derzeitigen Umfragen rangiert er hinter den Mitbewerbern. Da bietet es sich an, den Blick von der nicht sonderlich erfolgreichen Arbeit der letzten Jahre fort zu lenken auf größere Zukunftsziele, die vor allem die derzeitige Pro-Taiwan-Bewegung (siehe vorherige Übersicht) für Chen mobilisieren könnten. Dazu passt, dass Expräsident Lee Teng-hui wenige Wochen zuvor eine neue Verfassung für Taiwan als bis 2008 oder 2010 realisierbar hingestellt hatte. Chen setzt nun noch einen drauf: Bis 2006 soll es sein. Dass hochgeschraubte Erwartungen mit wenig konkretem Inhalt Chens Wahlchancen verbessern, darf allerdings bezweifelt werden. Eine Rolle wird spielen, ob und wie Chen seine Reformvorstellungen in der nächsten Zeit konkretisiert. (TH, 29.9.03; CNAT, nach BBC PF, 29.9.03; TT, 29.9., 1.10.03; WSJ, 29.9.03; ST, 22.9.03) -hws-

34 Taiwan ohne Hochchinesisch?

Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) wies im September darauf hin, dass die Verfassung den Begriff der Amtssprache nicht kennt, Taiwan also keine offizielle Sprache hat. Die Erkenntnis tauchte auf bei der Formulierung eines Sprachengesetzes, das vor allem die vom Aussterben bedrohten Sprachen der Ureinwohner, aber auch gefährdete chinesische Dialekte wie das Hakka-Chinesisch schützen soll. Der Gesetzesentwurf räumt den Bezirksregierungen die Möglichkeit ein, eine oder mehrere „Gemeinsprachen“ zu bestimmen, die dann außer im privaten Bereich auch gegenüber der Öffentlichkeit benutzt werden könnten. Daneben gebe es den Begriff „Nationalsprachen“: Er bezeichne die in der Nation von den verschie-

denen ethnischen Gruppen gesprochenen Idiome. Eine Amtssprache dagegen werde auch in dem Sprachengesetz nicht definiert.

Hinsichtlich der zukünftigen Rolle des Hochchinesischen, dem faktisch die Rolle der Amtssprache zukommt, herrscht im Kabinett offenbar keine Einigkeit. Premier Yu erklärte, in die Verfassung sei eine Bestimmung aufzunehmen, die das Hochchinesische zur Amtssprache erkläre, während Erziehungsminister Huang Jongsun (Huang Rongcun) dies lediglich als eine von mehreren Möglichkeiten sah. Auch andere in Taiwan gesprochene Sprachen kämen in Betracht.

Die bei aller Rücksicht auf berechnete Minderheiteninteressen etwas bizarr anmutende Debatte kann wohl nur so verstanden werden, dass sich hier dem Kampf für eine stärkere Taiwan-Identität ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet: den Südfujiandialekt, der mit Abstand am weitesten verbreitet ist, zur zukünftigen Amtssprache zu erheben. Nachdem bereits das international eingeführte Pinyin-System als taiwanisches Lateinumschriftsystem verworfen wurde, weil es Taiwan optisch zu sehr an die VR China heranrücken könnte, kündigt sich in der Sprachpolitik nun die nächste Torheit an. Anders als beim Pinyin ist allerdings kaum ernsthaft damit zu rechnen, dass die international bekannte chinesische Hochsprache als Medien- und Unterrichtssprache einem Dialekt geopfert werden wird. (TT, 23.9., 25.9.03; CNAT, nach BBC PF, 24.9.03) -hws-

35 Reformstau im Erziehungswesen

Probleme im Schulwesen machten im September Schlagzeilen – wie jedes Jahr, wenn beim Nationalen Tag des Lehrers (anlässlich des Geburtstags von Konfuzius) die Lehrer auf die Straße gehen und auf Missstände hinweisen. Dieses Jahr allerdings ging eine politische Fachtagung zu Bildungsfragen voraus, die größte seit 1994. An ihr nahmen außer dem amtierenden Erziehungsminister Huang Jongsun (Huang Rongcun) auch zwei seiner Amtsvorgänger teil. Huang formulierte drei Schwerpunkte der Debatte: Verbesserung der Bildungschancen für Minderheiten, Steigerung von Quali-

tät und Effizienz im höheren Bildungswesen und Umsetzung des seit langem anstehenden Planes, die Schulpflicht von derzeit neun auf zwölf Jahre auszudehnen. Er kündigte an, das Erziehungsministerium werde auf der Grundlage der durch die Tagung gewonnenen Erkenntnisse einen Fünfjahrplan zur Reform des Erziehungswesens ausarbeiten. Die Regierung will einen solchen Fünfjahrplan mit zusätzlich 5 Mrd. NT\$ jährlich unterstützen.

Am 28. September versammelten sich dann 8.000 bis 10.000 Lehrer aus allen Landesteilen auf den Straßen von Taipei. Sie verlangten von der Regierung, gemachte Versprechen einzulösen. Dabei ging es speziell um die Klassengrößen und die Lehrerzahlen: Ziele sind eine Verkleinerung der Klassen auf 30 Schüler und eine Erhöhung der Lehrerzahl auf zwei pro Klasse. Derzeit sind Klassengrößen von bis zu 50 Schülern unter einer Lehrkraft in Grund- und Sekundarschulen nicht unüblich. Generell wurde ein Sinken des Bildungsniveaus beklagt. Viele Schüler seien gezwungen, zusätzlich Nachhilfeunterricht zu nehmen, da die Schulen ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht würden.

Die Klage über Missstände richtete sich allerdings nicht nur an die Regierung: Es kam zu einer Gegendemonstration von Eltern und Schülern, die den Lehrern vorwarfen, nur an sich zu denken. Immerhin genießen die Lehrer erstaunliche Privilegien: Ihre Gehälter sind steuerfrei, und Lehrer im Ruhestand erhalten auf ihre Bankguthaben staatlich geförderte Jahreszinsen von 18 Prozent. Ein Vertreter der Lehrervereinigung erklärte allerdings, man sei durchaus gewillt Steuern zu zahlen, wenn die Mehreinnahmen, in das Bildungswesen zurückfließen und seiner Verbesserung dienen.

Ein Großteil der Unzufriedenheit mit den derzeitigen Zuständen ist die Folge großer Reformpläne, die 1994 formuliert worden waren. Die Reform wurden nur teilweise und halbherzig umgesetzt mit der Folge, dass viele heute von einem Chaos im Bildungswesen sprechen. Zudem hinkt das schulische Bildungsangebot dem raschen Wandel der Lebensverhältnisse hinterher – ein auch anderswo zu beobachtendes Phänomen. Angesichts

der Abwanderung der heimischen Industrie aufs Festland ist Taiwan allerdings besonders stark auf einen anhaltend hoch qualifizierten Arbeitskräftenachschub angewiesen. Die Regierung hat dies auch erkannt. Es bleibt abzuwarten, ob der angekündigte Fünfjahrplan und die zusätzlichen Finanzmittel eine Besserung der Situation zu Wege bringen werden. (TH, 8.9., 29.9.03; TT, 14.9., 15.9., 28.9., 29.9.03) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.